

denn an dieser Krankheit leiden wir alle: Wir glauben, daß wir alles bis ins letzte Detail planen müssen, weil sonst nichts geht. Und die gewisse Beweglichkeit, die wir brauchen, müssen wir alle lernen. Und wenn ich von 40 Jahren rede, dann im Grunde genommen von 40 Jahren Irrtum. Und so wie in der Mathematik beispielsweise die Quadratur des Kreises, die Kubatur des Würfels und die Dreiteilung des Winkels ein über viele Jahrhunderte gepflegter Irrtum als unlösbare Aufgabe insofern war, daß man es mit den falschen Mitteln zu lösen versuchte, glaube ich, daß Gerechtigkeit für jeden Menschen einer Gesellschaft lediglich mit anderen Mitteln erreicht werden muß. Und so meinte ich meine 40 Jahre.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Noch eine Anfrage.

Demloff (PDS):

Herr Kollege, ich begrüße Ihre letzten Worte sehr, daß wir uns also des Irrtums und der falschen Mittel entledigen müssen. Deshalb gestatten Sie bitte die Frage: Sind die Arbeitslosen in der BRD - in Zeiten der Hochkonjunktur über zwei Millionen - und die 124000 bis 134000 arbeitslosen Schwerbehinderten auch den 40 Jahren DDR geschuldet, oder unterliegen Sie nicht einem gewissen Irrtum, daß die Marktwirtschaft, so sozial sie auch erstrebt wird, viele Fragen, die uns heute bedrängen, nicht lösen kann?

Prof. Dr. Ort leb (Die Liberalen):

„Nicht lösen kann“ ist mir zu hart formuliert. Wir sollten gemeinsam darangehen, von unseren sehr unterschiedlichen Standpunkten aus diese Dinge zu überdenken und zu lösen. Wenn ich etwas in die Schublade schieben muß, weil ich erkannt habe, daß es so nicht geht, heißt das doch nicht, daß ich alles andere ab sofort und a priori als die Lösung ansehe. Nur, bitte denken Sie doch alle gemeinsam mit und machen Sie den Sprung, und sei es ins kalte Wasser, mit uns mit!

(Beifall bei CDU/DA, DSU und Liberalen)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank, Herr Prof. Ort leb. Ich bitte nun von der Fraktion Bündnis 90/Grüne den Abgeordneten Jochen Tschiche, das Wort zu nehmen.

Tschiche für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das, was wir mit dem Staatsvertrag erleben, ist eine Hatz, und ich habe in den Ausschüssen erlebt, daß wir unterdessen alle atemlos geworden sind und ungeheure Schwierigkeiten haben, die anstehenden Probleme, die in den Gesetzen vorhanden sind, überhaupt wahrzunehmen. Vielleicht sollten wir in dieser Minute einen Augenblick anhalten und zurückdenken, und zwar nun nicht an den berühmten Oktober, von dem wir andauernd reden und uns gegenseitig streitig machen, wer denn nun der richtige angebliche Revolutionär sei, sondern daß wir weiter zurückdenken; denn Stimmen sind hier in diesem Haus laut geworden, von denen ich den Eindruck habe, daß sie noch nicht begriffen haben, was 1933 in Deutschland passiert ist, und daß das, was wir heute erleben, die Folge dieser Geschichte ist.

1933 ist dieses deutsche Volk aus der europäischen Zivilisation davongelaufen und hat in einem Blutausch ohnegleichen Unrecht über Europa und die ganze Welt verbreitet. Und wir haben 1945 nicht die Zeit gehabt und uns auch nicht die Zeit gelassen, nachdenklich diese Zeit zu verarbeiten, sondern wir haben 1945 erneut in den Blöcken gestanden.

Daß die Entwicklung in der DDR so gelaufen ist, wie sie gelaufen ist, hängt doch damit zusammen, daß der kalte Krieg ausbrach und daß alle Großmächte in eine Entwicklung verstrickt waren, die Europa und die Welt bedrohte. Wir haben in dieser geschichtlichen Situation 1945 den Neuanfang, den wir uns vorgenommen hatten, nicht geschafft.

In der Bundesrepublik wurde die Vergangenheit verdrängt, in der DDR kam es teilweise dazu, daß es so aussah, als wären wir auf der Seite der Sieger.

Diese europäische Nachkriegsgeschichte, die durch das Deutschland von 1933 bis 1945 ausgelöst wurde, ist in den letzten zwei Jahren zu Ende gegangen und hat einen Verfall des bisherigen politischen Gleichgewichts in diesem Nachkriegseuropa zur Folge gehabt.

Angesichts dessen, daß die Sowjetunion immer schwächer wird, daß die mittelosteuropäischen Staaten wirtschaftlich am Boden liegen, muß es natürlich bedenklich sein, daß Deutschland plötzlich eine wirtschaftliche und politische Großmacht wird, die unter Umständen in Gesamteuropa dominieren wird. Das ist eine Angst. Und wenn in diesem Hause etwa die Überweisung an den Auswärtigen Ausschuss abgewiesen wird, wenn die Polen-Erklärung nicht mitgetragen wird, dann muß man vermuten, daß ein Teil von uns über den deutschen Tellerrand nicht hinausschaut.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Meine Damen und Herren, und das ist eine Befürchtung, die den politischen Entwicklungsprozeß, den wir vor uns haben, bedrohen kann. Denn wir werden das künftige Europa nur bauen, wenn wir eine solidarische Völkergemeinschaft in diesem Europa werden, und zwar unter Einschluss der Ost- und Mittelosteuropäer und mit dem Blick auf die Gesamtwelt.

Nun ist dieser Staatsvertrag, den wir hier zu verabschieden haben, nicht mehr aufzuhalten. Die Sache ist im Grunde entschieden. Auch der Versuch nachzubessern, hat wenig eingebracht. Und in den Ausschüssen hieß es immer: Der Staatsvertrag! Wir sehen zwar ein... aber der Staatsvertrag besagt, daß wir nichts ändern können. Das heißt, die politische Entscheidung ist gefallen, daß dieser deutsche Teilstaat in die Bundesrepublik übernommen wird unter Dominanz des dort gewachsenen gesellschaftlichen Systems.

Und die Frage, die uns auf diesem Wege nun begleitet, ist, ob das das Ende ist oder ob das ein Anfang ist, das heißt, ob der Übergang in eine freiheitliche Gesellschaft mit den entsprechenden Schwierigkeiten, die dort vorhanden sind, jetzt nun das Ziel ist. Ich höre hier immer: Wir sind in unserem deutschen Vaterland angekommen. Meine Damen und Herren, ich möchte in Europa ankommen.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Und ich möchte, daß die Völker Europas und der Welt begreifen: Die Deutschen werden nie wieder aus der Schule laufen und Prozessen nachjagen, die für sie verhängnisvoll sind.

Die Zeit der Nationalstaaten muß zu Ende gehen. Es kommt darauf an, daß wir dieses Europa erreichen, - und das ist die Schwierigkeit, das sieht man auch an diesem Staatsvertrag: Es geht darum, daß sich bei der politischen Gestaltung einer zukünftigen Welt und eines zukünftigen Europas die Wertmaßstäbe verändern müssen. Das ist heute und morgen nicht machbar.

Diejenigen politischen Kräfte, die die Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Maßstäbe erreichen wollen, sind im Augenblick nicht mehrheitsfähig. Und es geht auch nicht an, daß man - ich habe das schon manchmal hier in diesem Hause gehört - in diesem Lande Wählerbeschimpfung in dem Sinne macht: Die 16 Millionen wollten doch das so! Wenn man den Leuten in einer geschlossenen Wohnung nur eine Tür aufmacht, wer wundert sich denn dann, daß die nur durch diese eine Tür laufen?

(Beifall vor allem bei PDS und bei Bündnis 90/Grüne)